

Kanalkosten erhöhen sich um eine Million

m. — Nackenheim. Mit dreizehn Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen sowie einer Nein-Stimme beschlossen die Ratsmitglieder, zum 1. April sowie 1. Juli Vorausleistungen für die Ortskanalisation zu erheben. Zur Zwischenfinanzierung nimmt die Gemeinde nochmals ein Darlehen von 200 000 Mark auf. Bürgermeister Günter Ollig betonte, nach dem man nun geprüft habe, warum sich die Gesamtkosten der Kanalisation von rund 5,5 Millionen auf nunmehr 6,511 Millionen Mark erhöht hätten, könne man mit präzisen Zahlen arbeiten.

In der Baumasse seien die Kirchentrepfen mit 146 468 Mark sowie deren Instandsetzung zur St.-Gereons-Kirche mit 50 000 Mark veranschlagt. Hinzu kämen die Kanalverlegung in der Schulgasse mit 132 000 Mark sowie eine Notwasseranlage mit 15 000 Mark. Schließlich habe man noch das Neubaugebiet „Brühl“ mit 80 000 Mark aufgenommen. Mit 340 000 Mark würden die Zinsen ab 1967 hoch zu Buche schlagen.

Ratsmitglied Franz Josef Barnard (CDU) schlug vor, drei Raten im Abstand von drei Monaten zu erheben. Es sei jedoch besser gewesen, man wäre im Herbst bereits zu dieser Entscheidung gekommen. Man hätte damit weitere Zinsbelastungen dem Bürger ersparen können.

Die SPD stimme den Vorausleistungen zu, wenn die Zahlen der Kostenrechnung jetzt in Ordnung wären. Dies erklärte Ratsmitglied Reinhold Hollack. Ratsmitglied Josef Gabel hob

hervor, Vorausleistungen hätte die freie Wählergruppe Grünewald bereits 1964 vorgeschlagen. Der Rat hätte dies jedoch abgelehnt.

Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer führte aus, die Aufnahme von Darlehen sowie das Überziehen des Kontos der Gemeinde koste viel Geld an Zinsen. Es sei eine politische Entscheidung, durch Vorausleistungen die Kanalisation zu Ende zu führen. Alle hätten das Recht, in den Genuß der Kanalisation zu kommen. Für einige fehlenden Zahlen im Kostenvoranschlag stehe die Verbandsgemeinde nicht gerade, weil man den Zahlenspiegel bereits vor dem Bestehen aufgestellt habe.

Beigeordneter Heinz Stauder schlug vor, bei Härtefällen einzeln zu entscheiden. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die Sprecher von CDU und SPD. Der Bürger müsse wissen, daß er durch diese Entscheidung der Vorausleistungen Geld spare. Foto: Rudi Klos

